



Bundesnetzagentur

Bonn, 10. Januar 2024

# Amtsblatt 01

**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

## Regulierung

Vfg-Nr.		Seite
	<b>Post</b>	
1	PEntgV § 9 i. V. m. §§ 22, 21 Abs. 1 Nr. 1, 19 Satz 1, 20 PostG; Hier: Antrag auf Entgeltgenehmigung für die Postdienstleistung „E-Postbrief mit klassischer Zustellung“ im Sendungsformat Maxibrief .....	4
2	Überprüfung der erhobenen Entgelte für Konsolidierungsleistungen hinsichtlich der Einhaltung der Entgeltmaßstäbe des § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und des § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. Abs. 4 PostG.....	4
	<b>Energie</b>	
3	Art. 37 Abs. 3 VO (EU) 2017/2195; Abgeänderter Vorschlag aller Übertragungsnetzbetreiber der Kapazitätsberechnungsregion CORE für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regelarbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 (BK6-22-407) .....	5
4	§ 49 Abs. 1 VwVfG, Art. 5 Abs. 5 VO (EU) 2017/2195; Teilweiser Widerruf der Tenorziffer 2 Satz 1 des Beschlusses BK6-23-102 vom 23.11.2023 sowie Neubestimmung des Zeitpunkts des Inkrafttretens des genehmigten Antrags .....	5
5	Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) .....	5
6	Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) .....	6
7	Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) .....	6

## Mitteilungen

Mit-Nr.		Seite
	<b>Telekommunikation</b>	
	<b>Teil A</b>	
	<b>Mitteilungen der Bundesnetzagentur</b>	
1	TKG § 13 Abs. 2 i. V. m. §§ 14 Abs. 3 S. 1, 12 Abs. 6 S. 1 TKG; Veröffentlichung der Entscheidungen in den Verwaltungsverfahren wegen des vollständigen Widerrufs von Regulierungsverfügungen betreffend den Markt für die Anrufzustellung in das Festnetz der jeweiligen Betroffenen .....	7
2	TKG § 29 Abs. 1 i. V. m. § 36 TKG; Tenor der Entscheidung in dem Verwaltungsverfahren aufgrund der Überprüfung des Standardangebots der Vodafone GmbH für die Mobilfunkterminierung .....	10
3	§§ 149 Abs. 1 Nr. 2, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Telekom Deutschland GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Erteilung von Informationen über passive Netzinfrastrukturen; hier: BK11-23-010.....	11
4	§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag des Herrn Michael Rack (RSM Freilassing) auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze zu fairen und angemessenen Bedingungen; hier: BK11-23-013 .....	11
5	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-017.....	11
6	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-019.....	11
7	§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze; hier: BK11-23-020 .....	11
8	Bekanntmachung der deutschen „notifizierten Stellen“ gemäß dem Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG) .....	13
9	Bekanntmachung der deutschen „notifizierten Stellen“ gemäß dem Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagengesetz - FuAG).....	15
10	Bekanntmachung der deutschen Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-Japan .....	17
11	Bekanntmachung der deutschen Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-USA.....	19
	<b>Energie</b>	
	<b>Teil A</b>	
	<b>Mitteilungen der Bundesnetzagentur</b>	
12	§ 15a Absatz 3 Satz 5 EnWG; Änderungsverlangen zum Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 durch die Bundesnetzagentur.....	22
13	§§ 118 Abs. 46a, 29 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 EnWG; Öffentliche Bekanntmachung der Festlegung zur Änderung der Festlegung zur Anpassung und Ergänzung von Voraussetzungen für die Vereinbarung individueller Netzentgelte für den Netzzugang .....	28

Mit-Nr.		Seite
14	Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten aus der Vorhaltung von Schwarzstartfähigkeit aufgrund einer marktgestützten Beschaffung („Festlegung Refinanzierung Schwarzstart marktgestützte Beschaffung“) (BK8-23/009-A) .....	28
15	Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten systemrelevanter Gaskraftwerke nach § 13f EnWG („Festlegung FSV systemrelevante Gaskraftwerke“) (BK8-23/014-A) .....	29

## Regulierung

### Post

#### Vfg Nr. 1/2024

**PEntgV § 9 i. V. m. §§ 22, 21 Abs. 1 Nr. 1, 19 Satz 1, 20 PostG;**

**Hier: Antrag auf Entgeltgenehmigung für die Postdienstleistung „E-Postbrief mit klassischer Zustellung“ im Sendungsformat Maxibrief**

Am 20.12.2023 hat die Beschlusskammer 5 die folgende Entscheidung auf Grundlage des Antrags der Deutschen Post E-POST Solutions GmbH vom 15.11.2023 getroffen:

1. Die Entgeltgenehmigung BK5-23/015 vom 18.09.2022 wird für das Sendungsformat Maxibrief mit Wirkung zum 01.01.2024 widerrufen.
2. Das Entgelt für die Beförderung der Postdienstleistung „E-POST Brief mit klassischer Zustellung“ – Sendungsformat Maxibrief – wird nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung sowie der Allgemeinen Geschäftsbedingungen in Höhe von 2,44 € genehmigt.
3. Das Entgelt wird für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 genehmigt.
4. Die Beschlusskammer behält sich den Widerruf der Genehmigung für den Fall vor, dass sich die Entgelte oder Kosten für zur Erbringung der genehmigten Dienstleistung in Anspruch genommene Leistungen anderer konzernangehöriger Unternehmen nach Beschlussfassung ändern oder solche Entgelte auf Grund nachträglich eingetretener Tatsachen abgeändert oder Rückerstattungen untersagt werden.

Die vollständige Entscheidung ist im Internet unter [www.Bundesnetzagentur.de](http://www.Bundesnetzagentur.de) verfügbar.

BK5-23/034  
Stand 22.12.2023

3. Essen (BK5-23/022)
4. Frankfurt (BK5-23/023)
5. Hamburg (BK5-23/024)
6. Hannover (BK5-23/025)
7. Koblenz (BK5-23/026)
8. Köln (BK5-23/027)
9. Leipzig (BK5-23/028)
10. München (BK5-23/029)
11. Nürnberg (BK5-23/030)
12. Stuttgart (BK5-23/031)

Die vollständigen Beschlüsse sind im Internet unter [www.Bundesnetzagentur.de](http://www.Bundesnetzagentur.de) verfügbar.

Stand: 20.12.2023

#### Vfg Nr. 2/2024

**Überprüfung der erhobenen Entgelte für Konsolidierungsleistungen hinsichtlich der Einhaltung der Entgeltmaßstäbe des § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und des § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. Abs. 4 PostG**

Am 18.12.2023 hat die Beschlusskammer 5 entschieden:

Das nachträgliche Entgeltüberprüfungsverfahren gem. § 25 Abs. 1 Satz 1 PostG i. V. m. § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. Abs. 4 PostG hinsichtlich der von der Betroffenen für Konsolidierungsleistungen erhobenen Entgelte wird an den nachfolgenden Standorten eingestellt:

1. Berlin (BK5-23/020)
2. Bremen (BK5-23/021)

# Regulierung

## Energie

Vfg Nr. 3/2024

Art. 37 Abs. 3 VO (EU) 2017/2195;

**Abgeänderter Vorschlag aller Übertragungsnetzbetreiber der Kapazitätsberechnungsregion CORE für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regularbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 (BK6-22-407)**

Die regelzonenverantwortlichen deutschen Übertragungsnetzbetreiber haben der Bundesnetzagentur einen geänderten Vorschlag für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regularbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs für die Kapazitätsberechnungsregion CORE gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (EB-Verordnung) zur Genehmigung gemäß Art. 5 Abs. 3 lit. f EB-Verordnung vorgelegt.

Die Bundesnetzagentur hat den abgeänderten Antrag auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Die Frist zur Stellungnahme läuft bis zum 17.01.2024.

Details sind über die Homepage der Bundesnetzagentur unter Beschlusskammern → Beschlusskammer 6 → Laufende Verfahren → BK6-22-407 veröffentlicht.

Vfg Nr. 4/2024

§ 49 Abs. 1 VwVfG, Art. 5 Abs. 5 VO (EU) 2017/2195;

**Teilweiser Widerruf der Tenorziffer 2 Satz 1 des Beschlusses BK6-23-102 vom 23.11.2023 sowie Neubestimmung des Zeitpunkts des Inkrafttretens des genehmigten Antrags**

Nach Genehmigung des Änderungsantrags der Übertragungsnetzbetreiberinnen mit Beschluss vom 23.11.2023 plant die Beschlusskammer den Erlass eines korrigierenden Beschlusses mit folgendem Tenor:

1. Tenorziffer 2 Satz 1 des Beschlusses BK6-23-102 vom 23.11.2023 wird im Wege des Teilwiderrufs insoweit ersetzt, als der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Änderungen des Antrags, der in Tenorziffer 1 des Beschlusses BK6-23-102 vom 23.11.2023 genehmigt wurde, von dem 25.11.2024 auf den 01.10.2024 geändert wird.
2. Im Übrigen bleibt der Beschluss vom 23.11.2023 unberührt,
3. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.

Aufgrund der ab dem 01.10.2024 erforderlichen Umsetzung des sicheren Übertragungsweges AS4 haben die Übertragungsnetzbetreiberinnen TenneT TSO GmbH, 50Hertz Transmission GmbH, Amprion GmbH und TransnetBW GmbH um erneute Bewertung des

Datums des Inkrafttretens der Genehmigung durch die Beschlusskammer gebeten. Um den Gleichlauf der Umsetzungsfrist zu AS4 mit dem Inkrafttreten des geänderten Standardbilanzkreisvertrags nach Beschluss BK6-23-102 vom 23.11.2023 sicherzustellen beabsichtigt die Beschlusskammer im Rahmen und aufgrund des Antrags der Übertragungsnetzbetreiberinnen vom 28.08.2023 die vorgenannte Änderung zu beschließen.

Die Beschlusskammer gibt hiermit allen Marktakteuren die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Abgabe von Stellungnahmen ist möglich bis spätestens

Montag, 15. Januar 2024 (Eingang hier).

Für die Durchführung der Anhörung erteilt die Beschlusskammer folgende Hinweise:

- Die Bundesnetzagentur behält sich vor, die eingegangenen Stellungnahmen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur zu veröffentlichen. Soweit in den übermittelten Dokumenten personenbezogene Daten (z.B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des Betroffenen in die Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten einzuholen oder zusätzlich eine für die Veröffentlichung bestimmte Fassung zu übersenden, in der die personenbezogenen Daten geschwärzt sind. Entsprechendes gilt, soweit in den übermittelten Stellungnahmen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten sind.
- Bitte richten Sie Ihre Stellungnahme ausschließlich per E-Mail an [poststelle.bk6@bnetza.de](mailto:poststelle.bk6@bnetza.de).
- Verwenden Sie im Betreff das Aktenzeichen BK6-23-102

Weitere Informationen zum Beschluss BK6-23-102 vom 23.11.2023 können unter

[www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de) ► Beschlusskammern ► Beschlusskammer 6 ► Laufende Verfahren ► BK6-23-102

abgerufen werden.

Az.: BK6-23-102

Vfg Nr. 5/2024

**Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)**

Die Bundesnetzagentur hat am 14.12.2023 unter dem Zeichen 4.08.01.01/1#23 den Höchstwert für die Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments des Jahres 2024 festgelegt.

Weitergehende Informationen zu der Festlegung einschließlich des Festlegungstextes sind unter dem Link

<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Ausschreibungen/Solaranlagen1/start.html>

abrufbar.

#### Vfg Nr. 6/2024

##### **Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)**

Die Bundesnetzagentur hat am 14.12.2023 unter dem Zeichen 4.08.01.01/1#24 den Höchstwert für die Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments des Jahres 2024 festgelegt.

Weitergehende Informationen zu der Festlegung einschließlich des Festlegungstextes sind unter dem Link

<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Ausschreibungen/Solaranlagen2/start.html>

abrufbar.

#### Vfg Nr. 7/2024

##### **Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)**

Die Bundesnetzagentur hat am 14.12.2023 unter dem Zeichen 4.08.01.01/1#22 den Höchstwert für die Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land des Jahres 2024 festgelegt.

Weitergehende Informationen zu der Festlegung einschließlich des Festlegungstextes sind unter dem Link

[https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Ausschreibungen/Wind\\_Onshore/start.html](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Ausschreibungen/Wind_Onshore/start.html)

abrufbar.

## Mitteilungen

### Telekommunikation

#### Teil A

#### Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 1/2024

**TKG § 13 Abs. 2 i. V. m. §§ 14 Abs. 3 S. 1, 12 Abs. 6 S. 1 TKG;**

#### **Veröffentlichung der Entscheidungen in den Verwaltungsverfahren wegen des vollständigen Widerrufs von Regulierungsverfügungen betreffend den Markt für die Anrufzustellung in das Festnetz der jeweiligen Betroffenen**

Die Beschlusskammer 3 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen hat unter Verzicht auf öffentliche mündliche Verhandlung beschlossen:

Die den in der nachfolgenden Liste aufgeführten Betroffenen mit den jeweils genannten Beschlüssen geänderten bzw. auferlegten Regulierungsverpflichtungen werden widerrufen.

<b>Akten- zeichen</b>	<b>Antragstellerin/Betroffene</b>	<b>betreffend Regulierungs- verfügung</b>	<b>bzw. zuletzt geänderte Regulierungs- verfügung</b>
BK3d-23/011	Telekom Deutschland GmbH	BK2b-16/005	BK3d-20/030
BK3d-23/012	1 & 1 Versatel Deutschland GmbH	BK3g-16/028	BK3d-20/031
BK3d-23/013	Plusnet GmbH	BK3g-16/083	BK3d-20/032
BK3d-23/014	IN-telegence GmbH	BK3g-16/058	BK3d-20/033
BK3d-23/015	Vodafone GmbH	BK3g-16/096	BK3d-20/034
BK3d-23/016	Vodafone Kabel Deutschland GmbH	BK3g-16/097	BK3d-20/035
BK3d-23/017	Vodafone BW GmbH	BK3g-16/092	BK3d-20/036
BK3d-23/018	Vodafone NRW GmbH	BK3g-16/093	BK3d-20/037
BK3d-23/019	ecotel communication AG	BK3g-16/043	BK3d-20/038
BK3d-23/020	3U TELECOM GmbH	BK3g-16/029	BK3d-20/039
BK3d-23/021	EXACOR GmbH	BK3g-16/047	BK3d-20/040
BK3d-23/022	Spider Telecom GmbH	BK3g-16/085	BK3d-20/041
BK3d-23/023	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG	BK3g-16/088	BK3d-20/042
BK3d-23/024	First Telecom GmbH	BK3g-16/049	BK3d-20/043
BK3d-23/025	outbox AG	BK3g-16/077	BK3d-20/044
BK3d-23/026	bn:t Blatzheim Networks Telecom GmbH	BK3g-16/032	BK3d-20/045
BK3d-23/027	mobileExtension GmbH	BK3g-16/066	BK3d-20/046



BK3d-23/028	DNS:NET Internet Service GmbH	BK3g-16/041	BK3d-20/047
BK3d-23/029	sdt.net AG	BK3g-16/084	BK3d-20/048
BK3d-23/030	inexio Informationstechnologie und Telekommunikation GmbH	BK3g-16/057	BK3d-20/049
BK3d-23/031	toplink GmbH	BK3g-16/090	BK3d-20/050
BK3d-23/032	WOBCOM GmbH	BK3g-16/101	BK3d-20/051
BK3d-23/033	Callax Telecom Services GmbH	BK3g-16/036	BK3d-20/052
BK3d-23/034	VSE Net GmbH	BK3g-16/099	BK3d-20/053
BK3d-23/035	NetAachen GmbH	BK3g-16/071	BK3d-20/054
BK3d-23/036	MPA Net Gesellschaft für Telekommunikation mbH	BK3g-16/067	BK3d-20/055
BK3d-23/037	01051 Telecom GmbH	BK3g-16/027	BK3d-20/056
BK3d-23/038	dtms GmbH	BK3g-16/074	BK3d-20/057
BK3d-23/039	net services GmbH & Co. KG	BK3g-16/070	BK3d-20/058
BK3d-23/040	DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH	BK3g-16/042	BK3d-20/059
BK3d-23/041	goetel GmbH	BK3g-16/051	BK3d-20/060
BK3d-23/042	HL komm Telekommunikations GmbH	BK3g-16/054	BK3d-20/061
BK3d-23/043	BITel Gesellschaft für Telekommunikation mbH	BK3g-16/031	BK3d-20/062
BK3d-23/044	wilhelm.tel GmbH	BK3g-16/100	BK3d-20/064
BK3d-23/045	NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH	BK3g-16/072	BK3d-20/065
BK3d-23/046	ENTEGA MediaNet GmbH	BK3g-16/044	BK3d-20/066
BK3d-23/047	MEGA Communications GmbH	BK3g-16/063	BK3d-20/067
BK3d-23/048	netzquadrat Gesellschaft für Telekommunikation mbH	BK3g-16/073	BK3d-20/068
BK3d-23/049	HFO Telecom GmbH	BK3g-16/053	BK3d-20/069
BK3d-23/050	M-net Telekommunikations GmbH	BK3g-16/065	BK3d-20/070
BK3d-23/051	HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG	BK3g-16/052	BK3d-20/071
BK3d-23/052	TNG-Stadtnetz GmbH	BK3g-16/089	BK3d-20/072
BK3d-23/053	MDCC Magdeburg-City-Com GmbH	BK3g-16/060	BK3d-20/073
BK3d-23/054	PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH	BK3g-16/080	BK3d-20/074
BK3d-23/055	Orange Business Germany GmbH	BK3g-16/076	BK3d-20/075
BK3d-23/056	COLT Technology Services GmbH	BK3g-16/038	BK3d-20/076
BK3d-23/057	htp GmbH	BK3g-16/056	BK3d-20/077
BK3d-23/058	First Communication GmbH	BK3g-16/048	BK3d-20/078
BK3d-23/059	Multiconnect GmbH	BK3g-16/068	BK3d-20/079
BK3d-23/060	BT (Germany) GmbH & Co. oHG	BK3g-16/035	BK3d-20/080
BK3d-23/061	G-FIT Gesellschaft für innovative Telekommunikationsdienste mbH & Co. KG	BK3g-16/050	BK3d-20/081
BK3d-23/062	Verizon Deutschland GmbH	BK3g-16/095	BK3d-20/082

BK3d-23/063	EWE TEL GmbH	BK3g-16/046	BK3d-20/083
BK3d-23/064	envia TEL GmbH	BK3g-16/045	BK3d-20/084
BK3d-23/065	MK Netzdienste GmbH & Co. KG	BK3g-16/064	BK3d-20/085
BK3d-23/066	OpenNumbers GmbH	BK3g-16/075	BK3d-20/086
BK3d-23/067	PLANinterNET VoIP-GmbH	BK3g-16/081	BK3d-20/087
BK3d-23/068	Stadtwerke Schwedt GmbH	BK3g-16/086	BK3d-20/088
BK3d-23/069	Median Telecom GmbH	BK3g-16/061	BK3d-20/089
BK3d-23/070	Daten- und Telekommunikations- GmbH Dessau	BK3g-16/040	BK3d-20/090
BK3d-23/071	Alnitak GmbH	BK3g-16/030	BK3d-20/091
BK3d-23/072	01049 GmbH	BK3g-16/026	BK3d-20/092
BK3d-23/073	Ventelo GmbH	BK3g-16/094	BK3d-20/093
BK3d-23/074	Broadnet Services GmbH	BK3g-16/034	BK3d-20/094
BK3d-23/075	T&Q Netzbetriebs GmbH & Co. KG	BK3g-16/087	BK3d-20/095

Mit der Veröffentlichung von Marktdefinition, -analyse und Widerruf der Regulierungsverfügung wird der Verpflichtung aus § 12 Abs. 6 TKG Rechnung getragen.

Daneben wird in Bezug auf die Stellungnahme der [netzquadrat] Gesellschaft für Telekommunikation mbH auch die Pflicht aus § 12 Abs. 1 Satz 2 TKG im Rahmen des Verfahrens BK1-23/001 nachgeholt.

Die vollständigen Beschlusstexte wurden auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht und können unter „Einheitliche Informationsstelle“ abgerufen werden.

Mitteilung Nr. 2/2024

TKG § 29 Abs. 1 i. V. m. § 36 TKG;

**Tenor der Entscheidung in dem Verwaltungsverfahren aufgrund der Überprüfung des Standardangebots der Vodafone GmbH für die Mobilfunkterminierung**

Die Beschlusskammer 3 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen hat unter Verzicht auf öffentliche mündliche Verhandlung beschlossen:

Der von der Betroffenen vorgelegte Vertragsentwurf betreffend die IP-Zusammenschaltung für die Mobilfunkterminierung in ihrem Netz (IP-Standardangebot) mitsamt den zugehörigen Anlagen bestehend aus:

- Hauptvertrag	Zusammenschaltungsvereinbarung	Stand: 25.09.2023
- Anlage 1	Zusammenschaltungsdienste von Vodafone	Stand: 25.09.2023
- Anlage 2	Zusammenschaltungsdienste von ICP	Stand: 25.09.2023
- Anlage 3	Betriebliche Absprachen zur Zusammenschaltungsvereinbarung	Stand: 25.09.2023
- Anlage 4	Orte und Grundsätze der Zusammenschaltung	Stand: 25.09.2023
- Anlage 5	Technische Parameter und Beschreibungen	Stand: 25.09.2023
- Anlage 6	Verkehrs- und Netzmanagement	Stand: 25.09.2023
- Anlage 7	Tests	Stand: 25.09.2023
- Anlage 8	Preise	Stand: 25.09.2023
- Anlage 9	Abrechnung	Stand: 25.09.2023
- Anlage 10	Ansprechstellen und Bankverbindung zur Zusammenschaltungsvereinbarung	Stand: 14.08.2023
- Anlage 11	Planungsabsprachen	Stand: 14.08.2023

wird als Standardangebot festgelegt und mit einer Mindestlaufzeit bis zum 30.06.2026 versehen.

Der vollständige Beschlusstext wurde auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht und kann unter „Einheitliche Informationsstelle“ abgerufen werden.

BK3k-23/010

## Mitteilung Nr. 3/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 2, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

**Antrag der Telekom Deutschland GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Erteilung von Informationen über passive Netzinfrastrukturen**

hier: BK11-23-010

In dem Streitbeilegungsverfahren auf Antrag der Telekom Deutschland GmbH (Antragstellerin) gegen die Fraport AG (Antragsgegnerin) wegen der Erteilung von Informationen über passive Netzinfrastrukturen hat die Beschlusskammer 11 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen mit Beschluss vom 19.12.2023 die folgende Entscheidung getroffen:

der Antrag wird abgelehnt.

BK11-23-010

## Mitteilung Nr. 4/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

**Antrag des Herrn Michael Rack (RSM Freelassing) auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze zu fairen und angemessenen Bedingungen**

hier: BK11-23-013

Die **öffentliche mündliche Verhandlung** findet am 17.01.2024 um 12.00 Uhr statt.

Das Hinweisschreiben einschließlich der Einwahldaten sind auf der Internetseite der Beschlusskammer 11 veröffentlicht.

BK11-23-013

## Mitteilung Nr. 5/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

**Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-017**

Die **öffentliche mündliche Verhandlung** findet am 07.02.2024 um 10.00 Uhr statt.

Das Hinweisschreiben einschließlich der Einwahldaten sind auf der Internetseite der Beschlusskammer 11 veröffentlicht.

BK11-23-017

## Mitteilung Nr. 6/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

**Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-019**

Die **öffentliche mündliche Verhandlung** findet am 07.02.2024 um 12.00 Uhr statt.

Das Hinweisschreiben einschließlich der Einwahldaten sind auf der Internetseite der Beschlusskammer 11 veröffentlicht.

BK11-23-019

## Mitteilung Nr. 7/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

**Antrag der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze**

hier: BK11-23-020

Die Telefónica Germany GmbH & Co. OHG hat mit Schreiben vom 15.12.2023 (vollständiger Antrag ab 20.12.2023) folgenden Antrag auf Beilegung eines Streits mit der Autobahn GmbH des Bundes gestellt:

*die Antragsgegnerin zu verpflichten,*

- 1. der Antragstellerin die Mitnutzung des Funkmastes auf dem Gelände der Autobahnmeisterei Rüsselsheim, Gemarkung Haßloch, Flur 1, Flurstück 1432/2 gemäß Mitnutzungsantrag vom 7.8.2023 zu gewähren.*
- 2. der Antragstellerin ein entsprechendes Angebot zu von der Beschlusskammer bestimmten, angemessenen und fairen Konditionen zu unterbreiten.*

Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen BK11-23-020 geführt.

Der Termin für die **öffentliche mündliche Verhandlung** wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

**Personen oder Personenvereinigungen, deren Interessen durch die Entscheidung berührt werden, können die Beiladung zum Verfahren beantragen. Entsprechende Anträge sind zu richten an**

Bundesnetzagentur  
Beschlusskammer 11  
Tulpenfeld 4,  
53113 Bonn

oder elektronisch an: [BK11.Postfach@BNetzA.de](mailto:BK11.Postfach@BNetzA.de).

Hinweise:

1. Sofern eine Stellungnahme **Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse** enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fas-

sung ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten (inkl. einer Liste, in der die Schwärzungen substantiiert begründet sind). Sofern keine öffentliche Fassung beigefügt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält (vgl. § 216 TKG).

Soweit in dem Dokument **personenbezogene Daten** (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

2. Gemäß § 215 Abs. 5 TKG kann die Beschlusskammer Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf einer gesetzten Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung der Beschlusskammer die Erledigung des Verfahrens verzögern würde und der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt.

3. Stellungnahmen sind an die o. g. postalische oder elektronische Adresse zu richten.

4. Die öffentliche Fassung der Antragsunterlagen sowie die im Verfahren abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten werden den Beigeladenen zum elektronischen Abruf (Herunterladen) über GBG im Verfahrensordner BK11-23-020 bereitgestellt. Für die Nutzung der GBG ist eine einmalige Registrierung bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Ausführliche Informationen hierzu erhalten Sie auf der Seite der Beschlusskammer 11 unter „Aktuelles“ oder unter dem Link [www.bnetza.de/bk11aktuell](http://www.bnetza.de/bk11aktuell). Sofern Sie als Nutzer registriert sind, können Sie die Dateien ab sofort und bis ca. sechs Wochen nach Beendigung des Verfahrens einsehen bzw. herunterladen.

Die nach § 149 Abs. 7 TKG viermonatige Regelentscheidungsfrist endet am 20.04.2024. Diese Frist kann bei außergewöhnlichen Umständen um höchstens zwei Monate verlängert werden, § 149 Abs. 8 TKG.

BK11-23-020

## Mitteilung Nr. 8/2024

**Bekanntmachung der deutschen „notifizierten Stellen“ gemäß dem Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG)**

Die nachfolgend aufgeführten Stellen sind als „notifizierte Stellen“ gemäß § 21 des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG) vom 14. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2879, letztmalig geändert durch Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947), in Verbindung mit § 12 der Verordnung über die Anforderungen an und das Verfahren für die Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit von Betriebsmitteln und im Bereich der Bereitstellung von Funkanlagen (Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung – AnerkV) vom 11. Januar 2016, letztmalig geändert durch Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947), auf dem Gebiet der elektromagnetischen Verträglichkeit im Geltungsbereich der Richtlinie 2014/30/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (Neufassung) (ABl. EU Nr. L 96 vom 29. März 2014, Seite 79) von der Bundesnetzagentur anerkannt worden.

Die AnerkV dient u. a. der Umsetzung der Kapitel 3 und 4 der Richtlinie 2014/30/EU.

Die Amtsblatt-Mitteilung Nr. 06/2023 vom 22. März 2023 wird durch diese Mitteilung aktualisiert.

---

**Notifizierte Stellen nach Richtlinie 2014/30/EU (sortiert nach EU-Kenn-Nummern, Stand: 20.12.2023)**


---

TÜV Technische Überwachung Hessen GmbH Niederlassung Kassel Knorrstraße 36 34121 Kassel	(05 61) 20 91-351 (05 61) 20 91-100	0091
TÜV SÜD Product Service GmbH Certification Body CRT Munich Ridlerstraße 65 80339 München	(0 89) 5 00 84-261 (0 89) 5 00 84-230	0123
TÜV Rheinland LGA Products GmbH Kostenstelle 518 Tillystraße 2 90431 Nürnberg	(09 11) 6 55-5995 (09 11) 6 55-5993	0197
VDE Prüf- und Zertifizierungsinstitut GmbH NB-EMC Merianstraße 28 63069 Offenbach	(0 69) 83 06-0 (0 69) 83 06-555	0366
Cetecom advanced GmbH Untertürkheimer Str. 6-10 66117 Saarbrücken	(0 20 54) 95 19-0 (0 20 54) 95 19-150	0680
PHOENIX TESTLAB GmbH Radio & Telecommunications Department Königswinkel 10 32825 Blomberg	(0 52 35) 95 00-0 (0 52 35) 95 00-28	0700
EMC Test NRW GmbH electromagnetic compatibility Emil-Figge-Straße 76 44227 Dortmund	(02 31) 9 99 67-850 (02 31) 9 99 67-855	1946



Unternehmen	Telefon/Telefax	EU-Kennnummer
Eurofins Produkt Service GmbH Storkower Straße 38c 15526 Reichenwalde	(03 36 31) 8 88-0 (03 36 31) 888-660	0681
CSA Group Bayern GmbH Ohmstr. 1-4 94342 Straßkirchen	(0 94 24) 94 81-0 (0 94 24) 94 81-440	1948
Obering. Berg & Lukowiak GmbH Löhner Straße 157 32609 Hüllhorst	(0 57 44) 92 96-0 (0 57 44) 92 96-15	1949

## Mitteilung Nr. 9/2024

**Bekanntmachung der deutschen „notifizierten Stellen“ gemäß dem Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagengesetz - FuAG)**

Die nachfolgend aufgeführten Stellen sind als „notifizierte Stellen“ gemäß § 22 des Gesetzes über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (FuAG) vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947) in Verbindung mit § 10 der Verordnung über die Anforderungen an und das Verfahren für die Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit von Betriebsmitteln und im Bereich der Bereitstellung von Funkanlagen (Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung – AnerkV) vom 11. Januar 2016 (BGBl. I S. 77), letztmalig geändert durch Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1947), auf dem Gebiet von Funkanlagen im Geltungsbereich der Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. EU Nr. L 153 vom 22. Mai 2014, Seite 62) von der Bundesnetzagentur anerkannt worden.

Die AnerkV dient u. a. der Umsetzung der Kapitel 3 und 4 der Richtlinie 2014/53/EU.

Die Amtsblatt-Mitteilung Nr. 06/2023 vom 22. März 2023 wird durch diese Mitteilung aktualisiert.

---

Notifizierte Stellen nach Richtlinie 2014/53/EU (sortiert nach EU-Kenn-Nummern, Stand: 20.12.2023)

---

TÜV SÜD Product Service GmbH Ridlerstraße 65 80339 München	(0 89) 50 08 42 61 (0 89) 50 08 42 30 ps-zert@tuev-sued.de	Anhang III	0123
TÜV Rheinland LGA Products GmbH Tillystraße 2 90431 Nürnberg	(09 11) 6 55-5225 (09 11) 6 55-5226 service@de.tuv.com	Anhang III	0197
VDE Prüf- und Zertifizierungsinstitut GmbH Merianstr. 28 63069 Offenbach	(0 69) 83 06-0 (0 69) 83 06-555 vde-institut@vde.com	Anhang III	0366
cetecom advanced GmbH Untertürkheimer Str. 6-10 66117 Saarbrücken	(0 20 54) 95 19-0 (0 20 54) 95 19-150 contact@cetecom.com	Anhang III und IV	0682
Eurofins Product Service GmbH Storkower Straße 38c 15526 Reichenwalde	(03 36 31) 8 88-0 (03 36 31) 8 88-660 certifiers@eurofins.com	Anhang III und IV	0681
PHOENIX TESTLAB GmbH Königswinkel 10 32825 Blomberg	(0 52 35) 95 00-0 (0 52 35) 95 00-28 office@phoenix-testlab.de	Anhang III und IV	0700
CSA Group Bayern GmbH Ohmstraße 1-4 94342 Straßkirchen	(0 94 24) 94 81-0 (0 94 24) 94 81-440 info.bayern@csagroup.org	Anhang III	1948



<b>Unternehmen</b>	<b>Telefon/Telefax/Email</b>	<b>Aufgabenbereich nach Richtlinie 2014/53/EU</b>	<b>EU-Kennnummer</b>
STC Germany GmbH Ohmstraße 1 84160 Frontenhausen	(0 87 32) 63 81 (0 87 32) 23 45 grstc@stc.group	Anhang III	2522
KL-Certification GmbH Heinrich-Hertz-Allee 7 66386 St. Ingbert	(0 68 94) 3 89 38 66 (0 68 94) 3 89 38 99 info@kl-certification.de	Anhang III	2784

## Mitteilung Nr. 10/2024

**Bekanntmachung der deutschen Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-Japan**

Vor dem Hintergrund der weltweit zusammenwachsenden Märkte verfolgen die Vereinten Nationen ein Programm zum Abbau von Handelshemmnissen (Übereinkommen über technische Handelshemmnisse (Technical Barriers to Trade (TB)) der Welthandelsorganisation (WTO)). Teil dieses Programms sind die zwischen der EG und Drittstaaten geschlossenen Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen, Bescheinigungen und Kennzeichnungen, um einen vereinfachten Marktzugang in dem jeweiligen Partnerland zu ermöglichen und somit zur Wirtschaftsförderung beizutragen.

Diese Abkommen (Mutual Recognition Agreements (MRAs)) erlauben, dass Stellen (Konformitätsbewertungsstellen (CAB)) des einen Landes bestimmte Produkte nach den Regeln und Vorschriften des anderen Landes bewerten (so als wären sie in diesem Land selbst ansässig).

Die Abkommen beinhalten fachspezifische Bereiche (sektorale Anhänge), über die die Vertragspartner im jeweiligen Einzelfall eine Einigung erzielen konnten, wie z.B. Arzneimittel, Medizinprodukte, Telekommunikationsgeräte, elektrische Sicherheit, Elektromagnetische Verträglichkeit, Maschinen, Druckgeräte und Kraftfahrzeuge.

Für die sektoralen Anhänge Telekommunikation (Funk, Telekommunikations(end)geräte, IT-Einrichtungen etc.) sowie Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV) ist in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) die autorisierte Stelle zur Benennung (Notifizierung) von Konformitätsbewertungsstellen in allen diesen Abkommen.

Die Durchführung der Verfahren der Anerkennung (Kompetenzfeststellung) in diesen Bereichen erfolgt durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur, Referat 415).

Das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan über die gegenseitige Anerkennung (MRA) wurde am 27. September 2001 vom Rat der Europäischen Gemeinschaft beschlossen und im Amtsblatt L 284 der Europäischen Gemeinschaft am 29. Oktober 2001 veröffentlicht.

Unter Beachtung der aktuellen Ausprägung der japanischen Regelungen (Gesetze, Verordnungen, ...) ist eine Anerkennung im Wirkungsbereich der Bundesnetzagentur grundsätzlich möglich gemäß den im Abkommen genannten sektoralen Anhang „Telekommunikationsendgeräte und/oder Funkausrüstungen“ in der Funktion:

- Anerkennung als Konformitätsbewertungsstelle für Funkausrüstungen nach dem Funkverkehrsgesetz (Radio Law) als Registered (Foreign) Conformity Assessment Body (RCB)

und/oder

- Anerkennung als Konformitätsbewertungsstelle für Telekommunikationsendgeräte nach dem Telekommunikationsgesetz (Telecommunications Business Law) als Registered Approval Body (ebenfalls verwendete Bezeichnung „RCB“).

Hinweis: Zusätzlich zur Anerkennung durch die Bundesnetzagentur und vor Aufnahme der Tätigkeit als Konformitätsbewertungsstelle gemäß dem o.a. Abkommen ist eine Benennung an die Europäische Kommission sowie eine nachfolgende Anerkennung durch den Drittstaat zwingend erforderlich.

Die nachfolgend aufgeführten Stellen sind als Konformitätsbewertungsstellen auf der Grundlage des Beschlusses des Rates vom 27. September 2001 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan über die gegenseitige Anerkennung (2001/747/EG) in Verbindung mit § 11 der Verordnung über die Anforderungen an und das Verfahren für die Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit von Betriebsmitteln und im Bereich der Bereitstellung von Funkanlagen (Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung – AnerkV) vom 11. Januar 2016 im Sektor Telekommunikationsendgeräte und Funkausrüstungen anerkannt worden.

Die Amtsblatt-Mitteilung Nr. 6/2023 vom 22. März 2023 wird durch diese Mitteilung aktualisiert.

Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-Japan für den Bereich des Radio Law (Stand: 20.12.2023 alphabetisch geordnet)

Unternehmen	Telefon/Telefax	Registriernummer
cetecom advanced GmbH Untertürkheimer Straße 6-10 66117 Saarbrücken	+49 681 598 0+49 (0) 2054 95 19-0 +49 681 598 8775	BNetzA-CAB-13/21-105 CAB ID (JAPAN) 215
KL-Certification GmbH Heinrich-Hertz-Allee 7 66386 St. Ingbert	+49 (0) 6894 389 38 66 +49 (0) 6894 389 38 99	BNetzA-CAB-19/21-51 CAB ID (JAPAN) 219
PHOENIX TESTLAB GmbH Königswinkel 10 32825 Blomberg	+49 (0) 5235 95 00-0 +49 (0) 5235 95 00-28	BNetzA-CAB-02/21-104 CAB ID (JAPAN) 204

Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-Japan für den Bereich des Telecommunications Business Law (Stand: 20.12.2023 alphabetisch geordnet)

Unternehmen	Telefon/Telefax	Registriernummer
cetecom advanced GmbH Untertürkheimer Straße 6-10 66117 Saarbrücken	+49 681 598 0+49 (0) 2054 95 19-0 +49 681 598 8775	BNetzA-CAB-13/21-105 CAB ID (JAPAN) 215
KL-Certification GmbH Heinrich-Hertz-Allee 7 66386 St. Ingbert	+49 (0) 6894 389 38 66 +49 (0) 6894 389 38 99	BNetzA-CAB-19/21-51 CAB ID (JAPAN) 219
PHOENIX TESTLAB GmbH Königswinkel 10 32825 Blomberg	+49 (0) 5235 95 00-0 +49 (0) 5235 95 00-28	BNetzA-CAB-02/21-104 CAB ID (JAPAN) 204

## Mitteilung Nr. 11/2024

**Bekanntmachung der deutschen Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-USA**

Vor dem Hintergrund der weltweit zusammenwachsenden Märkte verfolgen die Vereinten Nationen ein Programm zum Abbau von Handelshemmnissen (Übereinkommen über technische Handelshemmnisse (Technical Barriers to Trade (TBT)) der Welthandelsorganisation (WTO)). Teil dieses Programms sind die zwischen der EG und Drittstaaten geschlossenen Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen, Bescheinigungen und Kennzeichnungen, um einen vereinfachten Marktzugang in dem jeweiligen Partnerland zu ermöglichen und somit zur Wirtschaftsförderung beizutragen.

Diese Abkommen (Mutual Recognition Agreements (MRAs)) erlauben, dass Stellen (Konformitätsbewertungsstellen (CAB)) des einen Landes bestimmte Produkte nach den Regeln und Vorschriften des anderen Landes bewerten (so als wären sie in diesem Land selbst ansässig).

Die Abkommen beinhalten fachspezifische Bereiche (sektorale Anhänge), über die die Vertragspartner im jeweiligen Einzelfall eine Einigung erzielen konnten, wie z.B. Arzneimittel, Medizinprodukte, Telekommunikationsgeräte, elektrische Sicherheit, Elektromagnetische Verträglichkeit, Maschinen, Druckgeräte und Kraftfahrzeuge.

Für die sektoralen Anhänge Telekommunikation (Funk, Telekommunikations(end)geräte, IT-Einrichtungen etc.) sowie Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV) ist in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) die autorisierte Stelle zur Benennung (Notifizierung) von Konformitätsbewertungsstellen in allen diesen Abkommen.

Die Durchführung der Verfahren der Anerkennung (Kompetenzfeststellung) in diesen Bereichen erfolgt durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Bundesnetzagentur, Referat 415).

Das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Anerkennung (MRA) wurde am 22. Juni 1998 vom Rat der Europäischen Gemeinschaft beschlossen und im Amtsblatt L 31 der Europäischen Gemeinschaft am 4. Februar 1999 veröffentlicht.

Eine Anerkennung im Wirkungsbereich der Bundesnetzagentur ist möglich entsprechend den speziellen im Abkommen genannten Anhängen und zwar gemäß dem sektoralen Anhang mit der Bezeichnung „Telekommunikationsgeräte“ und/oder gemäß dem sektoralen Anhang mit der Bezeichnung „Elektromagnetische Verträglichkeit“ in der Funktion als:

- Konformitätsbewertungsstelle in Form einer Zulassungsstelle/Zertifizierungsstelle für Funkanlagen (Bezeichnungen hier: Telecommunications Certification Body (TCB)), siehe Liste TCB, und/oder
- Konformitätsbewertungsstelle in Form eines anerkannten oder akkreditierten Prüflaboratoriums, welches messtechnische Prüfungen für Hersteller im Rahmen des FCC Selbsterklärungsverfahrens (Declaration of Conformity (DoC) and Certification Testing) über die Einhaltung der Anforderungen für Produkte im Sinne der FCC-Regeln durchführt (Bezeichnung hier: CAB EMC), siehe Liste CAB EMC.

Hinweis: Zusätzlich zur Anerkennung durch die Bundesnetzagentur und vor Aufnahme der Tätigkeit als Konformitätsbewertungsstelle gemäß dem o.a. Abkommen ist eine Benennung an die Europäische Kommission sowie eine nachfolgende Anerkennung durch den Drittstaat zwingend erforderlich.

**TCB:** Die nachfolgend aufgeführten Stellen sind als Konformitätsbewertungsstellen auf der Grundlage des Beschlusses des Rates vom 22. Juni 1998 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Anerkennung (1999/78/EG) in Verbindung mit § 11 der Verordnung über die Anforderungen an und das Verfahren für die Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit von Betriebsmitteln und im Bereich der Bereitstellung von Funkanlagen (Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung – AnerkV) vom 11. Januar 2016 im Sektor Telekommunikation anerkannt worden.

Die Amtsblatt-Mitteilung Nr. 06/2023 vom 22. März 2023 wird durch diese Mitteilung aktualisiert.

#### Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-USA (Stand: 20.12.2023 alphabetisch geordnet)

Unternehmen	Telefon/Telefax	Registriernummer
cetecom advanced GmbH Untertürkheimer Straße 6-10 66117 Saarbrücken	+49 681 598 0 +49 681 598 8775	BNetzA-CAB-13/21-105
Eurofins Product Service GmbH Storkower Straße 38c 15526 Reichenwalde	+49 (0) 33631 8 88-0 +49 (0) 33631 8 88-660	BNetzA-CAB-02/21-103
KL-Certification GmbH Heinrich-Hertz-Allee 7 66386 St. Ingbert	+49 (0) 6894 389 38 66 +49 (0) 6894 389 38 99	BNetzA-CAB-19/21-51
PHOENIX TESTLAB GmbH Königswinkel 10 32825 Blomberg	+49 (0) 5235 95 00-0 +49 (0) 5235 95 00-28	BNetzA-CAB-02/21-104

**CAB EMC:** Die nachfolgend aufgeführten Stellen sind als Konformitätsbewertungsstellen auf der Grundlage des Beschlusses des Rates vom 22. Juni 1998 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Anerkennung (1999/78/EG) in Verbindung mit § 13 der Verordnung über die Anforderungen an und das Verfahren für die Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit von Betriebsmitteln und im Bereich der Bereitstellung von Funkanlagen (Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung – AnerkV) vom 11. Januar 2016 im Sektor Elektromagnetische Verträglichkeit anerkannt worden.

Die Amtsblatt-Mitteilung Nr. 06/2023 vom 22. März 2023 wird durch diese Mitteilung aktualisiert.

#### Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen des MRA EG-USA (Stand: 20.12.2023, alphabetisch geordnet)

Unternehmen	Telefon/Telefax	Registriernummer
7layers GmbH Borsigstraße 11 40880 Ratingen	+49 (0) 2102 7 49-0 +49 (0) 2102 7 49-350	BNetzA-CAB-16/21-11
Bureau Veritas Consumer Products Services Germany GmbH Thurn-und-Taxis-Straße 18 90411 Nürnberg	+49 (0) 40 74041 0	BNetzA-CAB-19/21-20
cetecom advanced GmbH Untertürkheimer Straße 6-10 66117 Saarbrücken	+49 681 598 0 +49 681 598 8775	BNetzA-CAB-13/21-105
CSA Group Bayern GmbH Ohmstraße 1-4 94342 Strasskirchen	+49 (0) 9424 94 81-0 +49 (0) 9424 94 81-440	BNetzA-CAB-13/21-07
EMCE GmbH Untere Wiesen 1 88483 Burgrieden	+49 (0) 7392 91 13 70 +49 (0) 7392 91 13 72	BNetzA-CAB-02/21-01
Element Materials Technology Straubing GmbH Gustav-Hertz-Straße 35 94315 Straubing	+49 (0) 9421 5 68 68-0 +49 (0) 9421 5 68 68-100	BNetzA-CAB-02/21-02

Unternehmen	Telefon/Telefax	Registriernummer
Eurofins Product Service GmbH Storkower Straße 38c 15526 Reichenwalde	+49 (0) 33631 8 88-0 +49 (0) 33631 8 88-660	BNetzA-CAB-02/21-103
IBL-Lab GmbH Heinrich-Hertz-Allee 7 66386 St. Ingbert	+49 (0) 6894 3893 868	BNetzA-CAB-21/21-21
IMST GmbH Carl-Friedrich-Gauss-Str. 2-4 47475 Kamp-Lintfort	+49 (0) 2842 9 81-0 +49 (0) 2842 9 81-199	BNetzA-CAB-16/21-14
Intertek Deutschland GmbH Innovapark 20 87600 Kaufbeuren	+49 (0) 8341 95 56-310 +49 (0) 8341 95 56-559	BNetzA-CAB-16/21-10
Molex CVS Bochum GmbH Meesmannstraße 103 44807 Bochum	+49 (0) 234 5 16 68-0 +49 (0) 234 5 16 68-4880	BNetzA-CAB-17/21-13
Nemko GmbH & Co. KG Reetzstraße 58 76327 Pfinztal	+49 (0) 7240 63 0 +49 (0) 7240 63 11	BNetzA-CAB-17/21-17
Obering. Berg & Lukowiak GmbH Löhner Str. 157 32609 Hüllhorst	+49 (0) 5744 92 96-0 +49 (0) 5744 92 96-15	BNetzA-CAB-02/21-04
PHOENIX TESTLAB GmbH Königswinkel 10 32825 Blomberg	+49 (0) 5235 95 00-0 +49 (0) 5235 95 00-28	BNetzA-CAB-02/21-104
STC Germany GmbH Ohmstraße 1 84160 Frontenhausen	+49 (0) 8732 63 81 +49 (0) 8732 23 45	BNetzA-CAB-18/21-19
SGS Germany GmbH Consumer and Retail, EMC Lab Hofmannstr. 50 81379 München	+49 (0) 89 78 74 75-440 +49 (0) 89 78 74 75-453	BNetzA-CAB-14/21-09
TÜV Nord Hochfrequenztechnik GmbH & Co. KG LESKANPARK, Gebaeude 10 Waltherstraße 49 - 51 51069 Köln	+49 (0) 221 88 88 95 15 +49 (0) 221 88 88 95 95	BNetzA-CAB-13/21-08
TÜV Rheinland LGA Products GmbH Tillystraße 2 90431 Nürnberg	+49 (0) 911 6 55-5785 +49 (0) 911 6 55-5793	BNetzA-CAB-17/21-16
TÜV Süd Product Service GmbH Äußere Frühlingsstraße 45 94315 Straubing	+49 (0) 9421 55 22-0 +49 (0) 9421 55 22-99	BNetzA-CAB-16/21-15
UL International Germany GmbH Hedelfinger Straße 61 70327 Stuttgart	+49 (0) 711 49 00 2031	BNetzA-CAB-17/21-18

## Mitteilungen

Energie

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 12/2024



Bundesnetzagentur

### **§ 15a Absatz 3 Satz 5 EnWG; Änderungsverlangen zum Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 durch die Bundesnetzagentur**

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft den nationalen Netzentwicklungsplan Gas 2022–2032, den die Fernleitungsnetzbetreiber entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung aus § 15a Abs. 1 S. 1 EnWG gemeinsam erstellt und der Bundesnetzagentur am 31.03.2023 zur Prüfung vorgelegt haben.

Der Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 basiert auf dem Szenariorahmen Gas 2022-2032 der Fernleitungsnetzbetreiber, den die Bundesnetzagentur am 20.01.2022 bestätigt und am 11.11.2022 teilweise widerrufen und neu beschieden hat.

Die Bundesnetzagentur hat am 21.12.2023 gem. § 15a Absatz 3 Satz 5 EnWG Änderungen zum Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 verlangt.

Das Änderungsverlangen ist auch auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht (<http://www.bundesnetzagentur.de/NEPGas2022-2032>).

Der Präsident

# Änderungsverlangen

Az-4.13.01/003#1

In dem Verwaltungsverfahren

wegen der Änderung des Netzentwicklungsplans Gas 2022-2032 gemäß § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG

gegenüber der

1. bayernets GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,

Poccistraße 7, 80336 München

- Fernleitungsnetzbetreiber zu 1) -

2. Ferngas Netzgesellschaft mbH, vertreten durch die Geschäftsführung,

Reichswaldstraße 52, 90571 Schwaig

- Fernleitungsnetzbetreiber zu 2) -

3. Fluxys TENP GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,

Elisabethstraße 5, 40217 Düsseldorf

- Fernleitungsnetzbetreiber zu 3) -

4. Fluxys Deutschland GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,

Elisabethstraße 5, 40217 Düsseldorf

- Fernleitungsnetzbetreiber zu 4) -

5. GASCADE Gastransport GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,

Kölnische Straße 108-112, 34119 Kassel

- Fernleitungsnetzbetreiber zu 5) -



6. Gastransport Nord GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Cloppener Straße 363, 26133 Oldenburg - Fernleitungsnetzbetreiber zu 6) -
7. Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Pasteurallee 1, 30655 Hannover - Fernleitungsnetzbetreiber zu 7) -
8. GRTgaz Deutschland GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin - Fernleitungsnetzbetreiber zu 8) -
9. Lubmin-Brandov Gastransport GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Huttopstraße 60, 45138 Essen - Fernleitungsnetzbetreiber zu 9) -
10. NEL Gastransport GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Kölnische Straße 108-112, 34119 Kassel - Fernleitungsnetzbetreiber zu 10) -
11. Nowega GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Anton-Bruchhausen-Straße 4, 48147 Münster - Fernleitungsnetzbetreiber zu 11) -
12. ONTRAS Gastransport GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Maximilianallee 4, 04129 Leipzig - Fernleitungsnetzbetreiber zu 12) -
13. Open Grid Europe GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Kallenbergstraße 5, 45141 Essen - Fernleitungsnetzbetreiber zu 13) -

14. terranets bw GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,

Am Wallgraben 135, 70565 Stuttgart

- Fernleitungsnetzbetreiber zu 14) -

15. Thyssengas GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,

Emil-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund

- Fernleitungsnetzbetreiber zu 15) -

– im Folgenden: die Fernleitungsnetzbetreiber –

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4,  
53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller,

am 21.12.2023

gemäß § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG wie folgt entschieden:

A.

I. Der von den Fernleitungsnetzbetreibern am 31.03.2023 vorgelegte Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 ist gemäß § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG wie folgt abzuändern:

- 1) Die Maßnahme der Beteiligten zu 7. „Leitung Sophienthal-Salzgitter“ (ID-Nr. 809-01) ist aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 herauszunehmen.
- 2) Die Maßnahmen der Beteiligten zu 13. „Leitung WAL 2“ (ID-Nr. 902-01) und „GDRM-Anlage Wilhelmshaven 2, Voslapper Groden und Verbindungsleitung“ (ID-Nr. 901-01) sind aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 herauszunehmen.
- 3) Die Maßnahme der Beteiligten zu 12. „VDS Sayda“ (ID-Nr. 507-01m) ist aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 herauszunehmen.
- 4) Die Maßnahme der Beteiligten zu 14. „GDRM-Anlage Bietigheim“ (ID-Nr. 613-01) ist aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 herauszunehmen.
- 5) Die Maßnahme der Beteiligten zu 8. und zu 13. „Deodorierungsanlage Medelsheim“ (ID-Nr. 905-01) ist aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 herauszunehmen.
- 6) Die Maßnahme der Beteiligten zu 7. „Vorwärmung Embsen“ (ID-Nr. 638-01) ist aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 herauszunehmen.
- 7) Die Maßnahme der Beteiligten zu 7. „Leitung Elbe Süd-Achim“ (ID-Nr. 636-02) ist aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 herauszunehmen.



- 8) Die Maßnahme der Beteiligten zu 5. „Anschlussleitung Köln Süd 2“ (ID-Nr. 801-01) ist durch die alternative Maßnahme „Anschlussleitung Knapsack“ zu ersetzen. Eine Beschreibung der Maßnahme „Anschlussleitung Knapsack“ erfolgt in der Begründung der Tenorziffer 8) in Kapitel II. C. 8.
- 9) Die Maßnahme der Beteiligten zu 12. „GDRM-Anlage Neuendorf“ ist in den Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 aufzunehmen. Eine Beschreibung der Maßnahme „GDRM-Anlage Neuendorf“ erfolgt in der Begründung der Tenorziffer 9) in Kapitel II. C. 9.
- II. Im Übrigen wird von Änderungen des von den Fernleitungsnetzbetreibern am 31.03.2023 vorgelegten Netzentwicklungsplans Gas 2022-2032 abgesehen.

B.

Die Kostenentscheidung bleibt einem gesonderten Bescheid vorbehalten.

## Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 21.12.2023

gez. Klaus Müller

## Mitteilung Nr. 13/2024

**Festlegung zur Änderung der Festlegung zur Anpassung und Ergänzung von Voraussetzungen für die Vereinbarung individueller Netzentgelte für den Netzzugang**

§§ 118 Abs. 46a, 29 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 EnWG;

**Öffentliche Bekanntmachung der Festlegung zur Änderung der Festlegung zur Anpassung und Ergänzung von Voraussetzungen für die Vereinbarung individueller Netzentgelte für den Netzzugang**

Die Beschlusskammer 4 hat von Amts wegen ein Verfahren zur Änderung der Festlegung zur Anpassung und Ergänzung von Voraussetzungen für die Vereinbarung individueller Netzentgelte für den Netzzugang nach §§ 118 Abs. 46a, 29 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 EnWG eingeleitet. Erstmals wurden mit Beschluss BK4-22-089 vom 15.02.2023 bundeseinheitliche Regeln zur Anpassung und Ergänzung von Voraussetzungen für die Vereinbarung individueller Entgelte für den Netzzugang nach § 19 Abs. 2 S. 2–4 StromNEV auf der Grundlage des § 118 Abs. 46a EnWG festgelegt. Durch die Änderungsfestlegung werden Anforderungen an Nachweispflichten, Zeitfenster für flexible Einsätze am Strommarkt und die Laufzeit der Festlegung angepasst.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-22-089A01 geführt.

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 118 Abs. 46a i. V. m. § 54 Abs. 3 S. 2 EnWG die für die Festlegung zuständige Regulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer folgt aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG.

In dem Verwaltungsverfahren hat die Beschlusskammer 4 gemäß §§ 118 Abs. 46a, 29 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 EnWG am 28.12.2023 folgenden Beschluss gefasst:

Die mit Beschluss BK4-22-089 vom 15.02.2023 getroffene Festlegung zur Anpassung und Ergänzung von Voraussetzungen für die Vereinbarung individueller Entgelte für den Netzzugang nach § 19 Abs. 2 S. 2 bis 4 StromNEV (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird mit Wirkung ab dem 01.01.2024 wie folgt geändert:

1. Tenorziffer 4 wird wie folgt geändert:

Der Satz „Die Regelung erfolgt unter der Maßgabe, dass die eingesparte Menge am Spotmarkt einer Strombörse vermarktet wird.“ wird gestrichen.

In lit. a. werden die Worte „2 Stunden“ ersetzt durch „3 Stunden“.

Nach lit. b. wird der nachfolgende Absatz ergänzt:

**Nachweispflicht**

Dem Letztverbraucher obliegt auf Anforderung durch die Regulierungsbehörde der Nachweis der Stromverbrauchsreduktion in den maßgeblichen Zeiträumen. Der Nachweis kann durch den Beleg der Vermarktung der eingesparten Menge am Spotmarkt einer Strombörse erbracht werden. Sofern der Letztverbraucher eine Stromverbrauchsreduktion für einen Zeitraum geltend macht, in denen er an keinem Spotmarkt einer Strombörse Mengen vermarktet oder am Spotmarkt einer Strombörse Mengen erworben hat, kann der Nachweis durch Vorlage einer E-Mail an den Anschlussnetzbetreiber und die Beschlusskammer erfolgen, die die vorab getroffene Ankündigung enthält, im jeweiligen Zeitraum, keine oder eine geringere Menge als zuvor vorgesehen am Spotmarkt zu erwerben. Als Nachweis anerkennungsfähig ist eine solche E-Mail, wenn sie am Vortag einer Produktionsreduktion an das Postfach [BK4-Preisreaktion@BNetzA.de](mailto:BK4-Preisreaktion@BNetzA.de) gesendet wurde.

2. Tenorziffer 6 wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Festlegung ist befristet bis zum 31.12.2025.

3. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

Die vollständige Entscheidung ist der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 4“ → „Aktuelles“ abrufbar.

Hiermit ergeht der Hinweis, dass die öffentliche Bekanntmachung dadurch bewirkt wird, dass der verfügende Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden (vgl. § 73 Abs. 1a S. 2 EnWG). Die Festlegung gilt gemäß § 73 Abs. 1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind. Die Amtsblattbekanntmachung erfolgt vorliegend am 10.01.2024.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG)

## Mitteilung Nr. 14/2024

**Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten aus der Vorhaltung von Schwarzstartfähigkeit aufgrund einer marktgestützten Beschaffung („Festlegung Refinanzierung Schwarzstart marktgestützte Beschaffung“) (BK8-23/009-A)**

**Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten aus der Vorhaltung von Schwarzstartfähigkeit aufgrund einer marktgestützten Beschaffung („Festlegung Refinanzierung Schwarzstart marktgestützte Beschaffung“) gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4, § 11 Abs. 2 Satz 2 und 4 ARegV**

Die Beschlusskammer 8 hat gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern 50Hertz Transmission GmbH, Amprion GmbH, TenneT TSO GmbH und TransnetBW GmbH unter dem Aktenzeichen BK8-23/009-A ein Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten aus der Vorhaltung von Schwarzstartfähigkeit aufgrund einer marktgestützten Beschaffung eingeleitet. Die Beschaffung der Schwarzstartfähigkeit unterliegt unter den Voraussetzungen des Beschlusses BK6-21-023 vom 13.01.2023 zu den Spezifikationen und technischen Anforderungen der transparenten, diskriminierungsfreien und marktgestützten Beschaffung der nicht frequenzgebundenen Systemdienstleistung Schwarzstartfähigkeit durch die regelzonenverantwortlichen deutschen Über-

tragungsnetzbetreiber einer wirksamen Verfahrensregulierung. Die damit zusammenhängenden Kosten sollen als wirksam verfahrensreguliert eingestuft werden.

§ 11 Abs. 2 Satz 3 ARegV sieht die Möglichkeit vor, Kosten, die sich aus Maßnahmen des Netzbetreibers ergeben, als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung liegt nach § 11 Abs. 2 Satz 4 ARegV vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.

Die Beschlusskammer beabsichtigt, die Kosten der Übertragungsnetzbetreiber gemäß § 11 Abs. 2 Satz 4 i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV als verfahrensregulierte Kosten anzuerkennen. Basis wird die umfassende Regulierung entsprechend der Festlegung BK6-21-023 vom 13.01.2023 sein.

\*\*\*

#### Mitteilung Nr. 15/2024

---

##### **Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten systemrelevanter Gaskraftwerke nach § 13f EnWG („Festlegung FSV systemrelevante Gaskraftwerke“) (BK8-23/014-A)**

---

##### **Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten systemrelevanter Gaskraftwerke nach § 13f EnWG („Festlegung FSV systemrelevante Gaskraftwerke“) gemäß § 29 Abs. 1, § 13f Abs. 2 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4, § 11 Abs. 2 Satz 2 und 4 ARegV**

Die Beschlusskammer 8 hat gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern 50Hertz Transmission GmbH, Amprion GmbH, TenneT TSO GmbH und TransnetBW GmbH unter dem Aktenzeichen BK8-23/014-A ein Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten für systemrelevante Gaskraftwerke nach § 13f EnWG eingeleitet. Die Festlegung betrifft Kosten, die im Zusammenhang mit Optimierungs- oder Ausbaumaßnahmen an systemrelevanten Gaskraftwerken nach § 13f EnWG entstehen.

§ 11 Abs. 2 Satz 3 ARegV sieht die Möglichkeit vor, Kosten, die sich aus Maßnahmen des Netzbetreibers ergeben, als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung liegt nach § 11 Abs. 2 Satz 4 ARegV vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.

Die Beschlusskammer beabsichtigt, die Kosten der Übertragungsnetzbetreiber gemäß § 11 Abs. 2 Satz 4 i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV als verfahrensregulierte Kosten anzuerkennen. Basis wird eine gemeinsame freiwillige Selbstverpflichtung (FSV systemrelevante Gaskraftwerke) der Übertragungsnetzbetreiber sein.

Die Beschlusskammer beabsichtigt die Konsultation mit der Veröffentlichung eines Festlegungsentwurfs einzuleiten, sobald die Übertragungsnetzbetreiber eine Absichtserklärung zur Vorlage einer freiwilligen Selbstverpflichtung vorgelegt haben.

\*\*\*

## Impressum

Herausgeber:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Redaktion:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat Z 15 Postfach 80 01 53105 Bonn  Tulpenfeld 4 53113 Bonn  Telefon: (02 28) 14 53 18 Telefax: (02 28) 14 65 33 E-Mail: <a href="mailto:amtsblatt@bnetza.de">amtsblatt@bnetza.de</a>
Erscheinungsweise:	Das Amtsblatt der BNetzA erscheint nach Bedarf, in der Regel 14-täglich
Layout:	Innodata Germany GmbH, 48268 Greven
Bestellung/Versand:	Einzellieferung von älteren Ausgaben Telefon: (02 28) 14 53 18 Herr Gahre E-Mail: <a href="mailto:amtsblatt@bnetza.de">amtsblatt@bnetza.de</a>  Der Versand erfolgt gegen Rechnung